

Mit Gleichmacherei gegen den Neid?

«Gleichheit am Anfang (Startgleichheit) kann man im Namen der Gerechtigkeit fordern, Gleichheit am Ende nur im Namen des Neides. Jedem das Seine, fordert die Gerechtigkeit, jedem das Selbe, der Neid: ... Lieber alle gleich arm, als alle reich, aber einige noch reicher.»

Alexander Rüstow

Wohl schon lange bevor die moderne «political correctness» dazu geführt hat, in der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatte bestimmte Themen völlig auszublenken, ist der Neid als Motor der Wirtschaft weitgehend übersehen und als Inspiration der Politik praktisch völlig tabuisiert worden. Das hat damit zu tun, dass die Ökonomie sich nur wenig mit den psychologischen Ursachen des Handelns der Menschen beschäftigt und dass es von breiten Kreisen

Heute im «Fokus der Wirtschaft» Kollektive Gefühle in Deutschland

Seite 29

der Bevölkerung als unfein, ja als polemisch angesehen wird, politische Strömungen mit Neid zu erklären und hinter edlen Etiketten etwas weniger edle Motive zu vermuten. Dazu kommt, dass Neid eine Emotion ist, auf die man nicht stolz ist, die man verdrängt und versteckt. Neid wird in praktisch allen Kulturen und Sprichwörtern, in allen Märchen und Mythen verurteilt.

Dennoch besteht kein Zweifel, dass Neid, wie Helmut Schoeck in seinem Klassiker «Der Neid. Eine Theorie der Gesellschaft» und Gonzalo Fernandez de la Mora in «Der gleichmacherische Neid» seinerzeit brillant dargelegt haben, eine weltweit verbreitete menschliche Eigenschaft ist – zumindest dort, wo Knappheit herrscht – und eine zentrale Rolle in jeder Gesellschaft spielt, ja spielen muss. Die Psychologin Verena Kast etwa vertritt die Auffassung, dass es in einer Gesellschaft, in der Neid zu sehr vermieden würde, zu einem Entwicklungsstillstand käme; alles werde dann nivelliert, und die Menschen wagten es nicht mehr, in irgend-

einer Weise hervorzustechen. Viele Entwürfe für die Ordnung des Zusammenlebens zielen allerdings darauf ab, vor allem den Besitzneid, also die Neigung, einen Wohlstandsvorsprung bei anderen als negativ zu betrachten, auch wenn er den eigenen Wohlstand nicht schmälert, zu überwinden und eine mehr oder weniger neidfreie Gesellschaft zu konstruieren.

Die ohne Zweifel verheerendste Form des Versuchs zur Ausschaltung des Neids ist dabei der Egalitarismus, also das Bemühen, den Neid durch Reduktion oder gar völlige Abschaffung von Vermögens- und Einkommensunterschieden zu bewältigen. Nicht umsonst hielt sogar Marx einmal die erste Phase des Kommunismus für den Ausdruck von Neid. Meist kommt dieser Kollektivneid jedoch unter dem Titel der «sozialen Gerechtigkeit» daher. Dahinter steht letztlich die Hoffnung, man könne Gesellschaften mittels Umverteilung so gestalten, dass die Menschen den Neid gänzlich verlieren. Weil Neid nicht nur beim Neider, sondern auch beim Beneideten ein ungutes Gefühl – in Form eines schlechten Gewissens – produziert, ist die Bereitschaft zur Umverteilung durch alle Arten von «punitive taxes» bis hin zu eigentlichen Neidsteuern entsprechend gross. Allerdings dürfte diese Strategie der Neidüberwindung insofern kontraproduktiv sein, als die Erfahrung zeigt, dass kleine Unterschiede den Neid mehr anstacheln als grosse Diskrepanzen. Der Neid richtet sich in der Regel auf das Erreichbare. Nicht von ungefähr zeigen Untersuchungen, dass Wettkämpfer, die auf dem zweiten Platz landen, unzufriedener sind als Inhaber des dritten Platzes. Für die einen war der Sieg in Griffnähe, für die anderen doch schon etwas weiter entfernt. Zu bedenken gilt es auch, dass bei steigendem Wohlstand der Neid grösser wird. Solange es um die Befriedigung von Grundbedürfnissen geht, steht das eigene Wohlergehen im Vordergrund. Neid dagegen will, dass es dem andern nicht besser geht. Damit wird Umverteilung als Strategie der Neidbeschwichtigung zur Sisyphusarbeit.

Es mutet fast ein wenig paradox an, dass ausgerechnet jene, die den Neid überwinden wollen, also die Ideologen und Parteien des Egalitarismus, sich gleichzeitig als die grössten Neidagitatoren erweisen und mit Vehemenz gegen jegliche Ungleichheitstoleranz antreten. Das permanente Thematisieren der Unterschiede sowie die Gleichsetzung von Ungleichheit mit Ungerechtigkeit, das Werten gegen das «faule Kapital», all das schürt das Neidgefühl. So basiert denn der Neid heute wohl mehr als früher nicht auf unmittelbaren Erfahrungen mit Menschen aus nächster Nähe, sondern auf ideologischen Vorurteilen, auf Abstraktionen wie etwa «die Reichen», «die Kapitalisten» oder «die Spekulanten» sowie auf durch viele Medien frei Haus gelieferten Zerrbildern. Schoeck verweist unter anderem auf Untersuchungen, wonach der durchschnittliche Wähler gegenüber sehr grossen Einkommen kaum einen konkreten Neid spüre. Auch die Werbung dürfte im übrigen mit ihrer Verherrlichung des Luxuskonsums ungewollt in mancherlei Hinsicht den Neid anstacheln.

Es gäbe indessen, sofern man den zum Teil künstlich geschürten Neid überhaupt unbedingt überwinden und reduzieren will, wohl weniger problematische und gesamtwirtschaftlich weniger schädliche Möglichkeiten der Neideindämmung als die Umverteilung. Jahrhundertlang wirkten etwa die Religionen neiddämmend; anders basierte Wertesysteme könnten heute eine ähnliche Funktion erfüllen. Auch die Umwandlung des Neids in Bewunderung ist natürlich, wo dies gelingt, weit fruchtbringender als der rohe, nicht kanalisierte Neid oder seine nur vermeintliche Überwindung durch Gleichmacherei. Nicht zu vergessen ist ferner die helvetische Tugend des Understatements, also des Versuchs, Lebensstile nicht sichtbar zu machen und jegliches Konsumverhalten, das Neid provozieren könnte, zu vermeiden. Zur Mässigung des Neides kann schliesslich auch eine Gesellschaft beitragen, in der die verschiedensten Aufstiegschancen nicht alle miteinander verknüpft sind, in der also politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Erfolg nicht zu sehr Hand in Hand gehen. Der real existierende Sozialismus hat, weil totalitär, diese Möglichkeit nie geboten. In möglichst dezentralen und pluralistischen Ordnungen gibt es demgegenüber unzählige Möglichkeiten des Aufstiegs, der Positionierung.

Der bei weitem sinnvollste, einer offenen Gesellschaft am ehesten entsprechende gesellschaftliche Umgang mit Neid ist es, ihn zum Motor des Fortschritts zu machen. Neid zielt in der Regel darauf ab, dass es anderen schlechter gehen soll. Das ist seine destruktive Seite. Er kann aber auch dazu führen, es den anderen, Bessergestellten, gleich tun zu wollen. Das ist die konstruktive Seite des Neids. Verschiedene Autoren nennen diese positive Ausprägung des gleichen Verhaltens eher «Wetteifer», aber das ändert nichts an der Tatsache, dass Neid dort, wo er zu Anstrengungen anspornt anstatt zur Zerstörung des Beneideten, sich letztlich positiv auswirkt.

Der gesellschaftliche Umgang mit Neid sollte daher nicht in Richtung Gleichmacherei zielen, sondern in Richtung Offenheit und Aufstieg. Nicht Neidsteuern sollten den Neid besänftigen, sondern das Versprechen, dass es bei gleicher Anstrengung und gleichem Glück jeder und jede in ähnlicher Weise «schaffen» kann. Dann wird Neid in den Worten des grossen Liberalen Bernard Mandeville vom «private vice» zum «public benefit». Verschiedentlich wird behauptet, Neid sei nicht in allen Kulturen und Weltregionen gleich ausgeprägt; bei genauerem Hinsehen scheint es indessen eher so, dass Neid überall gleich verbreitet ist, die einzelnen Gesellschaften jedoch mit dem Neid unterschiedlich umgehen. Das gilt auch für den Vergleich zwischen real existierenden Wirtschaftsordnungen. «Entneidung» durch Nivellierung bleibt eine auf einem unrealistischen Menschenbild basierende, letztlich schädliche Strategie. Die Nutzung des Neids als Motor der Wirtschaft ist demgegenüber eine realistische liberale Antwort.

G. S.

Abgeschlossene Gespräche von IMF und Brasilien

Baldige Wiederaufnahme der Zahlungen

Cl. Washington, 5. März

Die mehrere Wochen dauernden Verhandlungen zwischen Experten des Internationalen Währungsfonds (IMF) und brasilianischen Regierungsvertretern über die Modalitäten für die Wiederaufnahme der Kreditauszahlungen sind am späten Freitagnachmittag in Washington abgeschlossen worden. Wie ein Sprecher des IMF erklärte, ist die brasilianische Delegation nach Hause gereist. Über das Wochenende wird die erzielte Vereinbarung sowohl von der Regierung in Brasilia als auch von der IMF-Geschäftsführung überprüft, und am Montag soll sie dem IMF-Exekutivdirektorium zur Annahme vorgelegt werden. Ein Entscheid der Exekutivdirektoren dürfte allerdings nicht sofort erfolgen. Voraussichtlich ebenfalls am Montag soll das Memorandum mit den modifizierten makroökonomischen Anpassungsmassnahmen und Strukturprogrammen veröffentlicht werden.

Eine Revision des Kreditabkommens mit dem Währungsfonds war nach der Freigabe des zuvor an den Dollar gebundenen Real-Kurses am 18. Januar und der darauf folgenden scharfen Abwertung notwendig geworden. Das Memorandum dürfte auch deutlich revidierte Wachstums- und Inflationsziele enthalten. Der IMF selbst hat 18 Mrd. \$ zugesagt, wovon Brasilien sofort 5,3 Mrd. \$ abzog. Eine zweite Tranche von 4,5 Mrd. \$ wäre Ende Februar fällig gewesen. Zu dem Finanzpaket steuerten ausserdem die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank je 4,5 Mrd. \$ bei, und weitere 14,5 Mrd. \$ haben 16 Länder über die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zur Verfügung gestellt. Insgesamt hat Brasilien bis jetzt 9 Mrd. \$ beansprucht. (Weiterer Bericht auf Seite 23)

rei zielen, sondern in Richtung Offenheit und Aufstieg. Nicht Neidsteuern sollten den Neid besänftigen, sondern das Versprechen, dass es bei gleicher Anstrengung und gleichem Glück jeder und jede in ähnlicher Weise «schaffen» kann. Dann wird Neid in den Worten des grossen Liberalen Bernard Mandeville vom «private vice» zum «public benefit». Verschiedentlich wird behauptet, Neid sei nicht in allen Kulturen und Weltregionen gleich ausgeprägt; bei genauerem Hinsehen scheint es indessen eher so, dass Neid überall gleich verbreitet ist, die einzelnen Gesellschaften jedoch mit dem Neid unterschiedlich umgehen. Das gilt auch für den Vergleich zwischen real existierenden Wirtschaftsordnungen. «Entneidung» durch Nivellierung bleibt eine auf einem unrealistischen Menschenbild basierende, letztlich schädliche Strategie. Die Nutzung des Neids als Motor der Wirtschaft ist demgegenüber eine realistische liberale Antwort.

G. S.

WIRTSCHAFT

Neid und Egalitarismus

Besitzneid führt in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik oft zur Forderung nach Umverteilung und Nivellierung. Einer offenen Ordnung entspricht dagegen eher die Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten. 21

Energiepolitik mit Fragezeichen

In der Schweiz stehen wichtige energiepolitische Weichenstellungen an. Die geplante Energieabgabe und die Verwendung der damit erzielten Einnahmen sind allerdings mit grossen Fragezeichen zu versehen. 22

Leitzinserhöhung in Brasilien

Die brasilianische Zentralbank hat zur Eindämmung der Inflation eine Erhöhung des bisherigen Leitzinssatzes um sechs Prozentpunkte auf nunmehr 45% beschlossen. 23

Nachwehen der Real-Abwertung

Die drastische Abwertung des brasilianischen Real zwingt die im südamerikanischen Mercosur-Wirtschaftsraum tätigen Unternehmen zu einer Revision ihrer bisherigen Verkaufs- und Produktionsstrategien. 23

Rasanten Wirtschaftswachstum in Australien

Australiens Wirtschaftswachstum hat 4,7% erreicht. Angesichts der anhaltend kritischen Lage bei vielen Handelspartnern rechnet die Regierung mit einer Verlangsamung, doch grundsätzlich herrscht Optimismus. 23

Warum ist die Schweiz ein so teures Pflaster?

Das hohe Preisniveau der Schweiz kann unter anderem auf die Regulierungsdichte, den hohen Anteil administrierter Preise und die bisweilen «luxuriösen» Qualitätsstandards in der Schweiz zurückgeführt werden. 25

Wieder weniger Arbeitslose in der Schweiz

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Februar gesunken, nachdem sie seit dem November 1998 grösser wurde. Zum Rückgang trugen konjunkturelle wie saisonale Effekte sowie der Beginn der Rekrutenschule bei. 25

ABN Amro will Italien als Hausmarkt

Die niederländische Grossbank ABN Amro erwirbt einen Anteil von 8,75% an der Banca di Roma. Sie will am italienischen Bankenmarkt schrittweise eine «an-sehliche Position» erwerben. 27

UBS verkauft Handelsfinanz-Geschäft

Die UBS verkauft ihr Geschäft für Handelsfinanzierungen ausserhalb der Schweiz an die Standard Chartered Bank. Der Verkaufspreis beträgt 300 Mio. Fr. 27

Philips forciert Kauf von US-Chiphersteller

Der niederländische Philips-Konzern will den US-Chiphersteller VLSI Technology notfalls auch gegen den Willen des Unternehmensvorstandes übernehmen. 27

Gewinnprung der Kaba

Die im Sicherheitsbereich tätige Kaba-Gruppe hat im 1. Semester die Ertragskraft markant verbessert. Für das weitere Wachstum sind Akquisitionen vorgesehen. 27

Nachrichten aus der Unternehmenswelt

28

Budgetdebatte in den Vereinigten Staaten unter veränderten Vorzeichen

Umstrittene Verwendung der künftigen Haushaltüberschüsse

Durch den drei Jahre vor Plan erreichten Haushaltsausgleich und die Aussicht auf sukzessiv steigende Überschüsse hat sich das Leben der Politiker in Washington nicht vereinfacht. Nun geht es darum, was mit dem Finanzsegen angestellt werden soll. Die demokratische Administration und der republikanisch beherrschte Kongress wetteifern gegenwärtig, wer die seriöseren Ideen vorbringt. Es geht in diesem Zusammenhang vor allem um die langfristige Absicherung der grossen Sozialwerke «Medicare» und «Social Security».

Cl. Washington, 5. März

Die republikanische Führung im Kongress hat sich als Antwort auf Präsident Clintons Budget 2000 in groben Zügen auf einen Finanzplan für die nächsten zehn Jahre verständigt, der alle guten Dinge – Steuersenkungen, Mehrausgaben für Verteidigung und Bildung, Schuldenabbau und Sicherung der Altersrenten – unter einen Hut bringen soll. Nachdem Clinton in seiner Finanzplanung die langfristige Absicherung der grossen Sozialwerke, das heisst der Altersversicherung (Social Security) und der Krankenkasse für Senioren (Medicare), zum zentralen Thema erklärt und versichert hatte, dass alle in den nächsten Jahren noch anfallenden Überschüsse der Social Security «beiseite gelegt» werden sollten, waren die Republikaner im Zugzwang, ebenfalls mit «seriösen» Vorschlägen aufzuwarten. Clinton und seine Berater hatten sich bereits für eine neue Propagandakampagne gerüstet, in welcher sie die Republikaner beschuldigen wollten, sie würden die künftigen Haushaltüberschüsse zulasten der Sozialwerke für Steuersenkungen zugunsten der wohlhabenderen Schichten «missbrauchen».

«Echte» Überschüsse erst ab 2001

Tatsache ist, dass der grösste Teil der mutmasslichen Haushaltüberschüsse der nächsten zehn Jahre von der Social Security produziert wird, die im Budget eingeschlossen ist. Die Lohnprozente bringen noch auf Jahre mehr ein, als in Form von Renten und Versicherungen ausbezahlt wird (präkar wird es erst nach 2012, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand treten. Nach den Berechnungen des Congressional Budget Office (CBO) könnten sich diese Mehreinnahmen der Social Security bis zum Jahr 2009 auf 1,9 Bio. \$ summieren. Der Gesamthaushalt war im Fiskaljahr 1998 nur dank diesen Überschüssen in den

schwarzen Zahlen; ohne Social Security kommt der «operationelle» Haushalt voraussichtlich erst im Jahr 2001 ins Gleichgewicht, und die «echten» Überschüsse könnten sich bis 2009 laut CBO auf rund 770 Mrd. \$ kumulieren.

Bis jetzt wurden die Überschüsse der Altersversicherung automatisch für laufende Budgetzwecke verwendet, und die Social Security bzw. deren Trust Fund erhielt dafür nichthandelbare Regierungswertschriften. Weil Clinton bisher argwöhnte, dass die Republikaner den erhofften Finanzsegen vorab für Steuersenkungen verwenden würden, schlug er einen komplizierten Plan vor, wonach die Überschüsse zum Grossteil zur Tilgung der Staatsschulden verwendet würden und gleichzeitig der Trust Fund der Social Security in dem Ausmass der Schuldentilgung ein zweites Mal Regierungswertschriften erhielt. Damit würde der Fonds über erhebliche Ansprüche auf künftige Staatsressourcen verfügen, deren Anzapfung jedoch den laufenden Haushalt später entsprechend belasten würde. Die Republikaner sind sich der Popularität des Clinton-Plans bewusst, obwohl dieser die grundsätzlichen Probleme der Altersversicherung in keiner Weise löst. Alles andere gleichbleibend, würden die künftigen Altersrenten auf diese Weise in zunehmendem Masse aus dem laufenden Staatshaushalt finanziert, und die Politiker würden vor dem Dilemma stehen, die Steuern zu erhöhen, Ausgaben einzusparen oder neue Schulden aufzunehmen.

Schuldenabbau im Vordergrund

Clinton will den Rest der Haushaltüberschüsse für die Solvenzerhaltung des Medicare-Programms, für die Förderung des individuellen Alterssparens sowie für die Aufstockung des Verteidigungsetats und seiner Lieblingsprojekte in den Bereichen Erziehung und Umweltschutz ver-

wenden. Die Republikaner stimmen überein, die Überschüsse der Social Security unangetastet zu lassen. Im Prinzip streben sie jetzt eine Ausklammerung der Altersversicherung aus dem Haushalt an; der Trust Fund würde dann die Mehreinnahmen direkt behalten und nicht mehr an die Regierung ausleihen. Die Mittel könnten ausschliesslich für die Tilgung der Staatsschulden verwendet werden; jede andere Nutzung könnte nach den republikanischen Plänen nur mit einer Dreifünftelmehrheit im Senat beschlossen werden, was eine erhebliche Hürde darstellt.

Kein grosser Steuerwurf

Damit haben sich die Republikaner allerdings den Weg für eine substantielle Steuersenkung noch vor den Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr verbaut. Im Fiskaljahr 2000 sind jetzt nur kleine Steuererleichterungen in Höhe von 10 Mrd. bis 15 Mrd. \$ vorgesehen. Jedoch sollen sie sukzessive ausgebaut werden und über die nächsten zehn Jahre rund 800 Mrd. \$ oder das Ausmass der «echten» Haushaltüberschüsse erreichen. So weit, so gut. Der Plan sieht aber ausserdem auch erhebliche Mehrausgaben für die Verteidigung und Bildung vor. Ausserdem versprechen die Republikaner eine strikte Einhaltung der im denkwürdigen Budgetkompromiss von 1997 (in dem sich der Kongress und das Weisse Haus auf einen Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2002 verständigten) festgelegten Ausgabenplafonds. Damit dies alles aufgeht, sind ganz beträchtliche Ausgabeneinsparungen an anderer Stelle nötig, über die vorläufig noch nichts Näheres gesagt wird. Von demokratischer Seite ertönt bereits der politisch zügige Vorwurf, dass republikanische Programm werde zulasten von Medicare und anderen für breite Bevölkerungsschichten wichtigen Ausgaben abgewickelt. Der Haupttrumpf der Republikaner scheint derzeit in der Behauptung zu bestehen, sie täten mehr für die Social Security als Clinton. In der Tat hat das (unparteiliche) CBO vorgerechnet, dass Clintons Budget für das Fiskaljahr 2000 nicht nur die gesetzlichen Ausgabenplafonds überschreiten, sondern zusätzlich auch gut 50 Mrd. \$ der Überschüsse der Social Security im nächsten Jahr auffressen würde.